WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 31.03.2026 | Andreas Radtke

Mehr als Parmesan

EU und Australien rücken zusammen: Ihr Deal markiert den Aufbruch in eine neue geoökonomische Ordnung.

Australische Käsereien dürfen den von ihnen produzierten Parmesan auch weiterhin so nennen. Nach Zugeständnissen der EU bei geografischen Herkunftsbezeichnungen und Marktzugangsquoten für Agrarprodukte ist es nach mehr als zweijähriger Verzögerung endlich gelungen, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien zum Abschluss zu bringen. Die Einigung ist mehr als ein Handelsdeal – sie ist Teil einer neuen geoökonomischen Ordnung. Die Herkunftsbezeichnungen waren und sind für die australische Seite eine besondere Hürde, sehen sich doch viele Produzenten als Migranten mit europäischen Wurzeln in direkter Familientradition als legitime Bewahrer entsprechender Rezepturen und Verfahren. Zumindest in dieser Hinsicht funktionierten die emotionalen Bindungen an den alten Kontinent immer sehr gut.

Auf der politischen Ebene war das Bild allerdings oft komplizierter. Die wechselseitigen Erwartungen zwischen Australien und seinen europäischen Partnern erfüllten sich trotz fester Wertegemeinschaft und klarer Interessenkonvergenzen nicht immer. Australiens Solidarität und wertvolle Unterstützung für die Ukraine wird seitens der Europäer ebenso wertgeschätzt wie das stetig wachsende Engagement europäischer Partner im Indo-Pazifik aus australischer Sicht. Und doch gab es immer wieder auch Missverständnisse, nicht zuletzt aufgrund von Fehlwahrnehmungen der jeweiligen politischen Geografie. Am eindrücklichsten zeigte sich dies bei der Besiegelung der AUKUS-Partnerschaft 2021 unter der letzten konservativen Regierung in Canberra, die zulasten des bestehenden U-Boot-Beschaffungsprojekts mit Frankreich ging. Umgekehrt hielt sich in Australien das seit den 1970er Jahren gepflegte Image der EU als protektionistischer Block sehr hartnäckig, während die institutionellen Einschränkungen Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik und die komplizierten EU-Entscheidungsverfahren ein engeres Engagement erschwerten.

Außerdem wurde eine

Umso wichtiger und richtiger sind die beachtlichen Ergebnisse des Besuchs von

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft begründet und die baldige Assoziierung Australiens im EU-Forschungsprogramm Horizon Europe beschlossen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Australien vergangene Woche. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Verschiebungen unserer Zeit sind die Akteure jetzt zu dem Schluss gekommen, dass Dissens im Detail nicht länger dem übergeordneten Ziel eines engeren Schulterschlusses im Weg stehen darf. Dass es jetzt gelang, das Verhältnis zwischen der EU und Australien gleich in drei entscheidenden Bereichen auf neue Füße zu stellen, kann als Erfolg von historischer Dimension gewertet werden. Denn neben dem Abschluss des Freihandelsabkommens wurde vergangene Woche auch eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft begründet und die baldige Assoziierung Australiens im EU-Forschungsprogramm *Horizon Europe* beschlossen. Zu Recht betonten die Kommissionspräsidentin und Premierminister Albanese in ihren Reden, dass dadurch engere Kooperationen in aktuell besonders entscheidenden Politikfeldern möglich werden.

Bessere und vor allem verlässliche Handels- und Investitionsbedingungen sollen in Zeiten ständig neuer Schocks den Auf- und Ausbau alternativer Lieferketten in kritischen Bereichen ermöglichen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit im Kampf gegen Cyberangriffe und andere hybride Bedrohungen ebenso gestärkt wie die Kooperation in der Verteidigungsindustrie – ein Umstand, der auch beim viel beachteten Besuch von Bundesverteidigungsminister Pistorius in Canberra am Folgetag immer wieder unterstrichen wurde. Und schließlich wird die engere Anbindung des exzellenten australischen Hochschul- und Forschungssektors an Europa beiden Seiten Vorteile bringen, insbesondere in einer Zeit, in der technologische Dominanz zunehmend als politisches und wirtschaftliches Druckmittel eingesetzt wird.

In der knappen gemeinsamen Erklärung sparten sich Albanese und von der Leyen einen expliziten Verweis auf die zunehmend herausfordernde Weltlage. Trotzdem ist klar: Der Erfolg hat zwei unfreiwillige Stiefväter in den Präsidenten Trump und Xi und soll ein Zeichen setzen gegen die zunehmende Abkehr von internationalen Ordnungsprinzipien und gegen die wachsende Bereitschaft, politische Ziele durch wirtschaftlichen und militärischen Zwang durchzusetzen.

Die EU-Kommission hatte zuletzt ja mehrfach unter Beweis gestellt, dass

sie auch komplizierte Freihandelsdossiers – Indien und Mercosur stechen heraus – zum Abschluss bringen und damit sichtbar und symbolträchtig auf die schwierige neue Weltlage reagieren kann. Die Botschaft: Wo Trump mit Zöllen um sich schlägt, setzt die EU weiter auf regelbasierten Freihandel, nun auch mit Australien. In ihrer Rede vor Geschäftsleuten in Sydney stellte von der Leyen dann sogar den Gedanken vor, durch eine Zusammenarbeit der EU mit den Mitgliedern des CPTPP (*Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*) einen „globalen Bezugspunkt für Stabilität und wirtschaftliche Sicherheit" zu schaffen – eine Vorstellung, die in Australien und Neuseeland nicht zum ersten Mal diskutiert wird und nach diesem Segen von höchster Stelle mit größerem Elan verfolgt werden könnte. Anders als ihre australischen Gastgeber war die Kommissionspräsidentin durchaus bereit, die Herausforderung durch China in ihren Reden klar und deutlich zu benennen. Tatsächlich ist die Gefahr durch Chinas industrielle Überkapazitäten in Europa, und insbesondere in Deutschland, viel akuter als in Australien, wo man wenig eigene Industrie zu schützen hat, nach dem letzten bilateralen Zerwürfnis mit Beijing die Beziehungen stabilisiert zu haben glaubt und auf die fortgesetzte starke Komplementarität der Handelsbeziehungen setzt.

Außerdem stach heraus, wie sehr von der Leyen Australiens Vorreiterrolle beim Jugendschutz in sozialen Medien lobte. Bereits bei der Vorstellung des international viel beachteten australischen Gesetzes am Rande der UN-Generalversammlung im September 2025 hatte die Kommissionspräsidentin das Verbot bestimmter Plattformen für unter 16-Jährige als Ausdruck „gesunden Menschenverstands" gepriesen. Dies kann man getrost auch als Signal an die US-Tech-Bosse verstehen, dass die EU sich der Kritik Washingtons an rechtlicher Maßregelung der Plattformen nicht beugen wird.

China bleibt Australiens wichtigster Wirtschaftspartner, und die USA der entscheidende Sicherheitspartner.

Was Australien angeht, so reiht sich das EU-Paket ein in eine Folge neuer Kooperationsabkommen mit Nachbarn wie Indonesien, Singapur und Papua-Neuguinea und der immer engeren Zusammenarbeit mit Japan. Die Gängelung des Universitätssektors in den USA hat auch australische Forschungskooperationen beeinträchtigt, sodass der von den australischen Universitäten schon lange erhofften Assoziierung mit *Horizon Europe* trotz der Kosten jetzt zugestimmt werden konnte. Bei alledem gilt aber: China bleibt Australiens wichtigster Wirtschaftspartner, und die USA der

entscheidende Sicherheitspartner. Es geht um Diversifizierung, nicht um Ersatz, und nach zuletzt besonders aktiver australischer Diplomatie in der eigenen Region gelingt dies nun auch mit der EU.

Die große Genugtuung darüber kam auch dadurch zum Ausdruck, dass von der Leyen die Ehre zuteilwurde, vor beiden australischen Parlamentskammern zu sprechen, und zwar als erste weibliche internationale Führungspersönlichkeit. Wie üblich wurde sie dabei vom Premierminister und vom Oppositionsführer begrüßt. Der noch frisch gebackene Parteichef der oppositionellen australischen *Liberal Party*, Angus Taylor, nahm dies zum Anlass, die Vereinbarungen mit Brüssel zu einer Allianz zum Schutz der westlichen Zivilisation hochzustilisieren: „We are the custodians (...). We must defend and protect the inheritance we cherish." Adressat dieser Einlassungen war allerdings nicht die Kommissionspräsidentin, sondern die heimische Wählerschaft, die erst vor wenigen Tagen bei regionalen Wahlen in Südaustralien erstmals den Rechtspopulisten von *One Nation* den Vorzug gegenüber den schwächelnden *Liberals* gegeben hatte. Auch wenn *Labor* die Wahl vor den beiden Konkurrenten deutlich gewonnen hat, lässt das Ergebnis erahnen, dass auch Australien polarisierende identitätspolitische Debatten bevorstehen könnten, zumal wenn sich die *Liberals* das ominöse Raunen von einer drohenden „Auslöschung der Zivilisation" aus der jüngsten US-Sicherheitsstrategie tatsächlich zu eigen machen sollten.

Die australische Regierung ist mit einem vorsichtigen, pragmatischen und transaktionalen Kurs bislang erfolgreich unter dem Radar Trump'scher Ausbrüche gesegelt. Der gelebte australische Multikulturalismus steht seit dem antisemitischen Terroranschlag am Bondi Beach im letzten Dezember nachvollziehbar unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck. Es täte den notwendigen gesellschaftlichen Debatten aber nicht gut, wenn australische Innenpolitik, ähnlich wie die in Europa, zur negativen Projektionsfläche der MAGA-Ideologie würde. Zeitgleich mit von der Leyens Besuch stellte das *National Security College* der *Australian National University* (ANU) die Ergebnisse einer Umfrage zur Bedrohungslage in Australien vor. Der scharfe Anstieg der Sorgen in der Bevölkerung korreliert mit der rasanten Erosion der internationalen Ordnung in den vergangenen Jahren. Eine engere Zusammenarbeit mit europäischen Partnern, die ähnliche Sorgen teilen, ist auch hierzu angezeigt – die Rückbesinnung auf Europa kommt zur rechten Zeit.



Andreas Radtke

Canberra

Andreas Radtke vertritt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Canberra als Büroleiter für Australien und Neuseeland. Zuvor hat er für das Auswärtige Amt in Australien, Indonesien und Malaysia sowie für die EU im Nahen Osten gearbeitet.